

BERND SOMMER, MIRIAM SCHAD,  
PHILIPP KADELKE, FRANZISKA HUMPERT,  
CHRISTIAN MÖSTL

# RECHTS- POPULISMUS VS. KLIMA- SCHUTZ?

Positionen, Einstellungen,  
Erklärungsansätze

## Vorwort der Herausgeber\*innen

Der Stoffwechsel moderner Gesellschaften mit ihrer natürlichen Umwelt ist nicht nachhaltig. Systematisch werden Ökosysteme übernutzt und endliche Ressourcen verbraucht. Die Folgen dieses Raubbaus verändern nicht nur die ökologischen und klimatischen Bedingungen des Erdsystems grundlegend, sondern bedrohen zunehmend die natürlichen Versorgungssysteme menschlicher Gesellschaften. Vor diesem Hintergrund ist in den vergangenen Jahren zuerst in den Umwelt- und Nachhaltigkeitswissenschaften ein neuer Forschungszweig entstanden, der sich mit der Transformation moderner Gesellschaften in Richtung Nachhaltigkeit befasst.

Die vom Norbert Elias Center (NEC) der Europa-Universität Flensburg herausgegebene Reihe „Transformationen“ eröffnet dezidiert sozial- und kulturwissenschaftlichen Perspektiven auf sozial-ökologische Transformationsprozesse. Denn die Theorien, Methoden und bestehenden Wissensbestände der Sozial- und Kulturwissenschaften sind in der Forschung zur Transformation im Kontext der Nachhaltigkeit noch immer unterrepräsentiert. Dies drückt sich nicht zuletzt in der unkritischen Übernahme von Konzepten aus den Natur- und Umweltwissenschaften aus, die den gesellschaftlichen Charakter der heutigen Nachhaltigkeitskrise verschleiern. Beispiele hierfür wären das sogenannte „Anthropozän“ oder die Rede vom „anthropogenen Klimawandel“. Denn es ist nicht „der Anthropos“, der Mensch als Gattungswesen, für die strukturelle Übernutzung der außermenschlichen Natur verantwortlich. Vielmehr ist die kontinuierliche Übernutzung ökologischer Systeme das Resultat eines bestimmten Vergesellschaftungs- und Vergemeinschaftungsmodus. Die Charakteristika dieses spezifischen gesellschaftlichen Stoffwechsels mit der Natur – wie die kapitalistische Wachstumswirtschaft, Hyperkonsum, soziale Beschleunigung oder technische Entwicklung – zu identifizieren, zu verstehen und zu erklären ist originäre Aufgabe der Sozial- und Kulturwissenschaften.

Dies ist also das inhaltliche Anliegen der Buchreihe „Transformationen“, die ihren Gegenstand im Plural definiert, da wir davon ausgehen, dass es eine einheitliche und synchrone Transformation der gesellschaftlichen Naturverhältnisse nicht gibt bzw. geben kann; zu heterogen sind im internationalen Vergleich, aber auch innergesellschaftlich, die ökonomischen, kulturellen oder auch energetischen Voraussetzungen für Transformationsprozesse. Daher werden in den folgenden Jahren in der Reihe Forschungsarbeiten veröffentlicht, die die gesellschaftlichen Aspekte zeitgenössischer Umweltveränderungen mit einem sozialwissenschaftlichen Instrumentarium (methodisch und theoretisch) ergründen.

Hinzu kommen Untersuchungen, bei denen die systematische Beschäftigung mit historischen Transformationsprozessen im Vordergrund steht. Denn eine Analyse gesellschaftlicher Veränderungsprozesse in der Vergangenheit erlaubt nicht zuletzt auch Rückschlüsse auf die Möglichkeiten und Grenzen der Gestaltung gesellschaftlichen Wandels. Ein solches Wissen ist unabdingbar für Akteurinnen und Akteure des Wandels, aber auch für eine Transformationsforschung, die nicht gesellschaftstheoretisch naiv und historisch blind sein will.

Bisher sind in der Reihe die folgenden Titel publiziert:

Band 1: Bernd Sommer/Harald Welzer: Transformationsdesign. Wege in eine zukunftsfähige Moderne. 2014.

Band 2: Annett Entzian: Denn sie tun nicht, was sie wissen. Eine Studie zu ökologischem Bewusstsein und Handeln. 2015

Band 3: Jorit Neubert: Es war ein naturverbundenes Leben ... Die Wahrnehmung von Natur und Umwelt im Kontext extremen gesellschaftlichen Wandels in der Volksrepublik China. 2015

Band 4: Martin David/Sophia Schönborn: Die Energiewende als Bottom-up-Innovation. Wie Pionierprojekte das Energiesystem verändern. 2016

Band 5: Karin Schürmann: Die Stadt als Community of Practice. Potentiale der nachhaltigkeitsorientierten Transformation von Alltagspraktiken. Das Beispiel Seattle. 2016

Band 6: Miriam Schad: Über Luxus und Verzicht. Umweltaffinität und umweltrelevante Alltagspraxis in prekären Lebenslagen. 2017

Band 7: Maike Boecker: Aus Katastrophen lernen? Wahrnehmungen, Deutungen und Konsequenzen des Oderhochwassers von 1997. 2018

Band 8: Josefa Kny: Too big to do good? Eine empirische Studie der Gemeinwohlorientierung von Großunternehmen am Beispiel der Gemeinwohl-Ökonomie. 2020

Wir danken dem oekom verlag für die Zusammenarbeit bei der Herausgabe der Buchreihe sowie der Europa-Universität Flensburg für die hervorragenden Arbeitsbedingungen, die Publikationsprojekte wie dieses ermöglichen.

Michaela Christ, Bernd Sommer & Harald Welzer

# Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis .....	9
Tabellenverzeichnis .....	11

## **1 Einleitung: Rechtspopulismus vs. Umwelt- und Klimaschutz?..... 13**

## **2 Rechtspopulismus: Gegenstand, Verbreitung und Erklärungen.... 19**

2.1 Was ist (Rechts-)Populismus? .....	19
Rechtspopulismus .....	25
Differenz und Interaktion: Rechtspopulismus, Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus .....	27
2.2 Der Aufstieg des Rechtspopulismus .....	30
2.3 Wie wird das Erstarken des Rechtspopulismus erklärt? .....	32
Die Ökonomiethese .....	33
Die Kulturthese .....	39
Die Kontinuitätsthese und Einstellungsebene .....	42
Wandel im politischen Feld .....	44
Synthetisierende Ansätze .....	49

## **3 Rechtspopulistische Positionen zu Klima und Umwelt ..... 55**

3.1 Zentrale Positionen und Begründungsmuster .....	56
Infragestellung des wissenschaftlichen Konsens' zum Klimawandel .....	57
„Auf Kosten des Volkes“: Ablehnung von Klima- schutz- und Energiepolitik als sozial ungerecht.....	62
„Gegen den Volkswillen“: Klimaschutz ist undemokratisch und ein Projekt der Eliten .....	67
Ablehnung der EU und staatlicher Interventionen – Klimaschutz als Einschränkung der Freiheit .....	68

Naturschutz als Heimatschutz .....	72
Landwirtschaft(spolitik) .....	74
Verortung der Positionen zwischen populistischer und rechter Ideologie .....	75
3.2 Wissenschaftliche Erklärungsansätze rechtspopulistischer Positionen zu Klima und Umwelt .....	77
Ideologische Ablehnung .....	78
Strategische Ablehnung .....	80
Strategischer Naturschutz .....	82
Milieus und Konflikte um die Lebensführung .....	83
Verteidigung von Privilegien .....	86
Tiefengeschichte .....	87
Psychologische Erklärungsansätze .....	88
Zusammenfassende Betrachtung: Erklärungen des erstarkenden Rechtspopulismus und seines Verhältnis zu Fragen des Klima- und Umweltschutzes .....	90

## **4 Rechtspopulismus, Umwelt und Klima: Bevölkerungseinstellungen.....95**

4.1 Zielsetzung der Sekundärdatenanalyse .....	95
4.2 Methodisches Vorgehen .....	95
Datengrundlage .....	95
Operationalisierung .....	96
Statistische Verfahren .....	105
Gültigkeitsprüfung der Messung .....	107
4.3 Empirische Befunde .....	110
Umweltsorgen: Zustimmung und Meinungsdifferenzen .....	110
Vertikale Achse: Populismus und Umwelt- und Klimawandeleinstellungen .....	112
Horizontale Achse: rechtsideologische Haltungen und Umwelt- und Klimawandeleinstellungen .....	116
Vertikale und horizontale Achsenmerkmale im Vergleich .....	120
4.4 Zusammenfassung .....	126

## **5. Rechtspopulismus und sozial- ökologische Transformation ... 131**

5.1 Zusammenfassung der Ergebnisse .....	131
5.2 Wie mit Rechtspopulismus umgehen? .....	134
5.3 Rechtspopulismus und sozial-ökologische Transformation: Sechs Thesen.....	135
These 1: In der Klima- und Umweltschutzpolitik sozialpolitische Implikationen berücksichtigen.....	136
These 2: Maßnahmen einer sozial-ökologischen Transformation können als gesellschaftlich umstrittene Projekte die Demokratie beleben .....	138
These 3: Transformationskonflikte lassen sich durch eine Stärkung partizipativer Formate adressieren.....	139
These 4: Eine parteipolitische Ausgestaltung von Klima- und Umweltschutz hilft, rechtspopulistische Erzählungen zu untergraben .....	141
These 5: Politische Bildung: Grenzen erkennen und Potenziale nutzen .....	142
These 6: Positive Zukunftsperspektiven skizzieren.....	143

## **Literatur ..... 145**

### 3 Rechtspopulistische Positionen zu Klima und Umwelt

Für rechte Parteien in Europa wird in der Literatur allgemein ein *anti-environmentalism* diagnostiziert (Gemenis et al. 2012, S. 18). Dabei ist zu beobachten, dass wenig differenziert wird, welchen Charakter die rechten Parteien haben und die Bezeichnung vielmehr als Sammelkategorie für konservative, rechtspopulistische, rechtsradikale und rechtsextreme Parteien fungiert. Dies hat zur Folge, dass empirische Studien zur Einstellung von explizit rechtspopulistischen Parteien gegenüber Klima- und Umweltfragen bisher die Ausnahme darstellen (Forchtner und Kølvrå 2015; Schaller und Carius 2019). Diese Forschungslücke identifiziert auch Lockwood indem er konstatiert:

*„Most existing research on politics and climate scepticism is of limited value for the specific study of RWP[Right-wing populism] because it ignores RWP parties and supporters, and relies on conventional left-right ideological position rather than measures identifying a populist world view“ (Lockwood 2018, S. 725).*

Das nachfolgende Kapitel fasst auf Basis vorhandener Studien zusammen, welche Positionen sich bei rechtspopulistischen Akteur\*innen (Parteien, Wähler\*innen und Medien) zum Thema des anthropogenen Klimawandels, des Klima- und Umweltschutzes sowie der ökologischen Nachhaltigkeit identifizieren lassen. Auch den Fragen, wie rechtspopulistische Akteur\*innen ihre Positionen begründen, d. h., welche Argumente sie anführen und welche wissenschaftlichen Erklärungsansätze für die Positionen existieren, wird nachgegangen. Der Fokus der Analyse liegt dabei aufgrund der aktuellen Studienlage auf Parteien als institutionalisierte Ak-

teur\*innen des Rechtspopulismus und nur am Rande auf anderen rechtspopulistischen Akteur\*innen oder Zusammenschlüssen wie bspw. Bewegungen oder Netzwerken. Neben der Zusammenfassung der bestehenden Literatur zu diesen Fragen wird zur Veranschaulichung überwiegend auf Aussagen der Wahlprogramme der AfD für die Bundestagswahlen 2017 und 2021, die Europawahl 2019 sowie vereinzelt auf Wahlwerbung zurückgegriffen.

### **3.1 Zentrale Positionen und Begründungsmuster**

Beginnen möchten wir mit der Darstellung der zentralen Positionen rechtspopulistischer Akteur\*innen zu den Themen Klimawandel und Umweltschutz sowie ihren Begründungsmustern, bevor wir daran anknüpfend wissenschaftliche Erklärungsansätze zu diesen Positionen zusammentragen und systematisiert präsentieren. Die Positionen rechtspopulistischer Parteien werden i. d. R. über ihre Parteiprogramme (Gemenis et al. 2012; Hess und Renner 2019; Schaller und Carius 2019) untersucht. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die Positionen nicht immer einheitlich sind und sich mitunter sogar widersprechen. Bei der Alternativen für Deutschland (AfD) zeigt sich beispielsweise eine Diskrepanz zwischen Haltungen von AfD-Mitgliedern auf Landesebene und den Positionen zu Themenkomplexen im Bereich Klima- und Umweltschutz auf Bundesebene (Götze und Kirchner 2016, S. 20). Im Folgenden konzentrieren wir uns auf die Darstellung zentraler Positionen, die in der Literatur genannt werden.

In diesem Unterkapitel soll auch näher auf Argumente und Begründungsmuster eingegangen werden, die von Rechtspopulist\*innen zur Ablehnung von Klima- und Umweltschutz(politiken) angebracht werden. Diese Trennung zwischen Positionen und Begründungsmustern ist bis zu einem gewissen Grad artifiziell, da sie empirisch häufig miteinander verknüpft sind. Analytisch ist dieses Vorgehen aber sinnvoll, da so am Ende dieses Unterkapitels gezeigt werden kann, welche der Argumente eher in der dünnen Ideologie des Populismus (,anständiges Volk‘ vs. ,korrupter Elite‘) verankert sind und welche Begründungsmuster stärker in der rechten Ideolo-



gie des Rechtspopulismus, sprich, im Nationalismus und Autoritarismus wurzeln.

### **Infragestellung des wissenschaftlichen Konsens' zum Klimawandel**

Bei vielen rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen in Europa und auch in den USA ist ein Wissenschaftsskeptizismus auffällig. Bezogen auf das Themenfeld Klima- und Umweltschutz manifestiert sich dies insbesondere in der Infragestellung des wissenschaftlichen Konsens' zum Klimawandel (Forchtner und Kølvråa 2015; Forchtner 2019; Hess und Renner 2019; Lockwood 2018; Radtke und Schreurs 2019; Schaller und Carius 2019). Radtke und Schreurs (2019, S. 149) sehen in der Negierung des anthropogenen Einflusses auf den Klimawandel sogar eine Art Grundkonsens rechtspopulistischer Akteur\*innen. Diese Grundannahme muss für jede rechtspopulistische Partei einzeln geprüft werden, da auch hier Unterschiede zu beobachten sind (Lockwood 2018; Schaller und Carius 2019). Für die AfD zeigt sich die Infragestellung des wissenschaftlichen Konsens' zum Klimawandel insbesondere in Passagen ihrer Wahlprogramme (AfD 2017, 2019, 2021), in Äußerungen bzw. Bundestagsreden- und Anträgen einzelner Mitglieder (Götze und Kirchner 2016; Götze 2019) sowie dem Abstimmungsverhalten im Bundestag und Europaparlament (Schaller und Carius 2019; Götze 2019).<sup>13</sup> Im Bundestagswahlprogramm 2021 heißt es etwa:

*„Es ist bis heute nicht nachgewiesen, dass der Mensch, insbesondere die Industrie, für den Wandel des Klimas maßgeblich verantwortlich ist. Die jüngste Erwärmung liegt im Bereich natürlicher Klimaschwankungen, wie wir sie auch aus der vorindustriellen Vergangenheit kennen“ (AfD 2021, S. 173).*

Auch der AfD-Politiker Stephan Boyens führte als Vertreter des Fachausschusses für Energiepolitik an, dass der Klimawandel Panikmache sei und die Anstrengungen Deutschlands, CO<sub>2</sub>-Emissionen zu reduzieren, wenig Sinn ergäben (Götze und Kirchner

---

<sup>13</sup> Bislang liegt keine wissenschaftliche Arbeit zum Abstimmungsverhalten der AfD im Bundestag zum Themenkomplex Klima und Umwelt vor.

ner 2016, S. 5). Anlässlich einer öffentlichen Sitzung des Umweltausschusses des Deutschen Bundestags zum Klimagipfel in Kattowitz 2018 lud die Partei den klimawandelskeptischen Wissenschaftler Nir Shaviv von der Hebrew University (Israel) ein (Rahmstorf 2018). Hinzu kommen inhaltliche Überschneidungen und persönliche Verbindungen mit dem Europäischen Institut für Klima & Energie (EIKE), welches den menschengemachten Klimawandel leugnet (Reusswig et al. 2020, S. 146 f.).<sup>14</sup> Die Kandidatur des Vizepräsidenten von EIKE, Michael Limburg, für die AfD im Jahr 2017, zeigt die bestehenden Verbindungen.

Dass die AfD im europäischen Vergleich besonders radikal in ihrer Ablehnung des wissenschaftlichen Konsens<sup>4</sup> zum Klimawandel ist, wird in der Untersuchung von Schaller und Carius (2019) deutlich. Die Positionen und das Abstimmungsverhalten zum Themenkomplex Klima und Umwelt von 21 rechtspopulistischen Parteien im Europaparlament werden in dieser Studie systematisch untersucht. Die rechtspopulistischen Parteien werden gemäß ihrer Einstellung zum anthropogenen Klimawandel in drei Gruppen unterteilt: *Denialist/Sceptical* („skeptisch“), *Disengaged/Cautious* („zurückhaltend“) und *Affirmative* („bejahend“). Sieben Parteien, darunter die AfD, werden der Gruppe *Denialist/Sceptical* (Klimawandelleugnung/-skepsis) zugeordnet (ebd.). Die AfD sowie die britische UKIP fallen auch in dieser Gruppe mit besonders extremen Positionen und der Verbreitung von Desinformationen auf (ebd.).

Die Ablehnung des Konsens<sup>4</sup> zum Klimawandel beschränkt sich jedoch nicht nur auf Parteipositionen und Aussagen ihrer Mitglieder, sondern spiegelt sich auch zum Teil in deren Elektorat wider. So merken Frindte und Frindte (2020, S. 93) an: „Anhänger und Unterstützer rechtspopulistischer Parteien sind verglichen mit der Mehrheitsbevölkerung klimawandelskeptischer“. Allerdings

---

<sup>14</sup> Das Europäische Institut für Klima & Energie (EIKE) wurde 2007 als gemeinnütziger Verein gegründet und „bietet eine Plattform für Diskussionen und Publikationen, erstellt Gutachten, organisiert Symposien und Kongresse“ und versucht so einen Ansehens der Wissenschaftlichkeit herzustellen (Reusswig et al. 2020, S. 147). Zentrale Positionen sind die Leugnung des menschengemachten Klimawandels sowie die Ablehnung der aktuellen Klima- und Energiepolitik (ebd.).

gibt es bisher „nur wenige Umfragen und Studien, welche AfD-Anhänger nach ihrem Natur- und Umweltschutzbewusstsein befragen“ (Götze 2019, S. 92). Zudem differenzieren vorliegende Arbeiten meist nicht zwischen rechten und rechtspopulistischen Parteien, sodass kein Rückschluss auf die Klimaeinstellungen des rechtspopulistischen Elektorats geschlossen werden kann (McCright et al. 2016). Huber (2020) hat jedoch anhand von Daten der *British Election Study* 2015 herausgefunden, dass Menschen mit populistischen Einstellungen – unabhängig von ihrer politischen Verortung – klimawandelskeptischer sind.

Die Kommunikation über den Klimawandel in rechten, deutschen Medien haben Forchtner et al. (2018, S. 599) untersucht, wobei abermals ein genereller Skeptizismus in Bezug auf den anthropogenen Einfluss auf den Klimawandel deutlich wird. Allerdings ist, den Autor\*innen zufolge, nur eine der untersuchten Quellen, der Blog *Politically Incorrect* (PI), als rechtspopulistisch zu bezeichnen.<sup>15</sup> Die anderen sind der extrem rechten oder der Neo-Nazi-Szene zuzuordnen. Eine umfangreiche Analyse des Blogs PI, welcher in den letzten Jahren deutlich an Popularität gewonnen hat, unternimmt Weisskircher (2020, S. 4). In Bezug zu Klima- und Umweltfragen zeigt sich, dass die Häufigkeit von PI-Artikeln zum Thema ‚Umwelt bzw. Erderwärmung‘ 2019 mit insgesamt 12,5 Prozent einen Höchstpunkt erreichte (a. a. O., S. 7).<sup>16</sup> In den Jahren zuvor wurde das Thema Klimawandel eher randständig behandelt, während Migration das alles bestimmende Thema war und ist. Der Blog PI stellt sich dabei, wie Weisskircher (2020, S. 8) festhält, schon seit seinen Anfangsjahren „gegen die Existenz der anthropogenen Erderwärmung“. Die Plattform ist folglich „in der expliziten Leugnung des anthropogenen Klimawandels deutlich radikaler als einige der zeitgenössischen ‚rechtspopulistischen‘ Parteien Westeuropas“ (ebd., S. 8). Weitere zentrale Narrative des Umweltdis-

---

<sup>15</sup> In den letzten Jahren hat sich der Blog PI zunehmend radikalisiert und wird mittlerweile von verschiedenen Landesämtern für Verfassungsschutz als Verdachtsfall eingestuft und entsprechend beobachtet (Geyer 2014).

<sup>16</sup> Grundlage ist eine Berechnung von Weisskircher (2017), in der er Artikel mit den Begriffen „Fridays for Future“, „Greta“, „Klimalüge“, „Klimaschwindel“, „Thunberg“ und „Umwelt“ (2006 – 2019) berücksichtigt hat.

kurses in rechten Magazinen, wie dem Jungen Forum (JF) sowie in den Parteiprogrammen der AfD und NPD, arbeiten Forchtner und Özvatan (2020) heraus. Abermals wird deutlich, dass beide Parteien die wissenschaftlichen Befunde zum Klimawandel anzweifeln, wobei sie der Wissenschaft Unglaubwürdigkeit (*scientific untrustworthiness*) und Politiker\*innen einen quasi-religiösen Irrationalismus (*quasi-religious irrationalism*) unterstellen (Forchtner und Özvatan 2020, S. 186).

Dass Spielarten des Klimawandelskeptizismus unterschieden werden können, zeigt van Rensburg (2015): Seine Typologisierung hilft Argumentationsmuster zu unterscheiden und den Grad des Klimawandelskeptizismus bei verschiedenen Akteur\*innen zu bestimmen. Er differenziert drei Kategorien von Klimawandelskeptizismus: *evidence scepticism*, *process scepticism* und *response scepticism*. Die Kategorie des *evidence scepticism*, die beschreibt, dass der Klimawandel an sich angezweifelt wird, unterteilt sich außerdem in die grundsätzliche Negierung eines Klimawandels (*trend scepticism*), die Infragestellung des anthropogenen Einflusses auf den Klimawandel (*cause scepticism*) sowie das Herunterspielen des negativen Einflusses des Klimawandels (*impact scepticism*) (ebd., S. 3). Für die AfD können auf Grundlage der Wahlprogramme und des Literaturreviews alle drei Formen des *evidence scepticism* identifiziert werden. So wird in dem Wahlprogramm von 2017 der Klimawandel mit Verweis auf natürlich vorkommende „Warm- und Kaltperioden“ sowie der menschliche Einfluss infragegestellt und die negativen Folgen des Klimawandels angezweifelt (AfD 2017, S. 65).<sup>17</sup> Der hier identifizierte Wissenschaftsskeptizismus verweist zudem auf *process scepticism*, also die Infragestellung der Generierung wissenschaftlicher Ergebnisse oder der politischen Entscheidungsprozesse. Die häufig von der AfD geäußerte Kritik am IPCC wäre ein Beispiel dafür (van Rensburg 2015, S. 4; AfD 2017, S. 65). Abschließend lässt sich auch *response scepticism* wiederfinden, wie der folgende Abschnitt zu

---

<sup>17</sup> Im Programm für die Bundestagswahl 2021 werden insbesondere noch der menschliche Einfluss auf das Klima sowie die negativen Folgen der Erderwärmung abgestritten; der rezente Erwärmungstrend wird dagegen anerkannt (AfD 2021, S. 172 f.).

Klima- und Energiepolitik zeigen wird. Studien zu rechtspopulistischen Parteien und ihren Positionen zu Klima- und Umweltfragen bedienen sich jedoch meist nicht dieser bzw. einer entsprechenden Typologie, sodass eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse erschwert ist (Gemenis et al. 2012; Götze 2019; Hess und Renner 2019; Lockwood 2018; Schaller und Carius 2019).

Schließlich wird eine besondere Nähe zwischen Wissenschafts-skeptizismus und Verschwörungserzählungen beobachtet. So tendieren nach van Prooijen (2019) Parteien am linken und rechten Rand des politischen Spektrums mehr zu Verschwörungserzählungen, wobei diese Tendenz durch den Faktor Populismus zusätzlich verstärkt wird. Er führt aus, dass die zentralen Dimensionen des Populismus, wie der Anti-Elitismus, diesen besonders anschlussfähig für Verschwörungserzählungen machen. Hendricks und Vestergaard (2019, S. 94) konstatieren: „Thus, conspiracy stories and theories have the same basic us-versus-them structure as the populist narratives, but taken to an even more extreme degree“. Nach einer Umfrage von Rees und Lamberty (2019) teilen 40 Prozent der Befragten, die verschwörungstheoretischen Aussagen eher zustimmen, auch rechtspopulistische Einstellungen.

Verschwörungserzählungen von rechtspopulistischen Akteur\*innen über den Klimawandel zeigten sich beispielsweise auch im US-Wahlkampf 2016 (van Prooijen 2019). Der damalige Präsidentschaftskandidat Donald Trump konstruierte in diesem Kontext die Erzählung, dass der Klimawandel eine Lüge sei, die China erfunden hätte, um der amerikanischen Wirtschaft zu schaden (ebd.). Ebendiese Erzählung nutzte Trump 2017 als gewählter Präsident, um aus dem Pariser Klimaschutzabkommen auszutreten (Hendricks und Vestergaard 2019, S. 99). Die Infragestellung bzw. Leugnung des Klimawandels geht auch bei der AfD teils mit Verschwörungserzählungen wie der einer korrupten Wissenschaft einher (Götze und Joeres 2020). Dazu passt das Misstrauen der AfD und ihrer Wähler\*innen gegenüber klassischen Medien wie Zeitungen, Radio und Fernsehen, die häufig auch als ‚Lügenpresse‘ titulierte wird (Decker und Brähler 2018, S. 233; Walther und Ise-mann 2019, S. 18).

### **„Auf Kosten des Volkes“: Ablehnung von Klimaschutz- und Energiepolitik als sozial ungerecht**

Folgerichtig zu ihrer Haltung zum Klimawandel lehnen rechtspopulistische Akteur\*innen Klimaschutzpolitik ab und kritisieren den angestrebten Ausstieg aus fossilen Energiequellen (Lockwood 2018; Schaller und Carius 2019; Radtke und Schreurs 2019; Hess und Renner 2019; Ćetković und Hagemann 2020). Van Rensburg (2015, S. 4f.) beschreibt die Ablehnung von Politiken bzw. die Kritik an der Art politischer Maßnahmen als *response scepticism*. Dies kann als logische Konsequenz des *evidence scepticism* interpretiert werden. Denn wenn bereits der anthropogene Einfluss auf das Klima geleugnet wird, bedarf es auch keiner politischen Antwort in Form von Klimaschutz. So führt die AfD (2019, S. 97) in ihrem Europawahlprogramm aus, dass sie alle EU-Maßnahmen, die eine Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen mit dem Schutz des Klimas begründen, zurückweist. Diese Position findet ihre Entsprechung in dem Abstimmungsverhalten der AfD im europäischen Parlament, welche zwischen 2014 und 2019 alle Anträge für nachhaltige Energie- und Klimapolitik abgelehnt hat (Schaller und Carius 2019, S. 28 f.). Viele rechtspopulistische Parteien im europäischen Parlament teilen diese Haltung, sind sie doch für einen Großteil der Stimmen (48 Prozent) gegen Klima- und nachhaltige Energiepolitik verantwortlich – und das obwohl sie lediglich 15 Prozent der Sitze innehaben. Nichtsdestotrotz müssen die Positionen unterschiedlicher rechtspopulistischer Akteur\*innen differenziert betrachtet werden, denn im europäischen Parlament gibt es beispielsweise auch zwei Parteien (die ungarische *Fidesz* und die litauische *Ordnung und Gerechtigkeit*), die Klimaschutz unterstützen und diesbezüglichen Anträgen in der Regel zustimmen (ebd., S. 39).

Während Jacob et al. (2020, S. 302) anführen, dass „umweltpolitische Fragen bisher kein zentrales Thema populistischer Parteien [sind]“, ist die Ablehnung von Klimaschutzpolitik eines der zentralen Themen der AfD geworden. Der ehemalige AfD-Vorsitzende und ihr programmatischer Vordenker Alexander Gauland gab beispielsweise bekannt: „Die Kritik an der sogenannten Klimaschutzpolitik ist nach dem Euro und der Zuwanderung das dritte große Thema für die AfD“ (zitiert nach Reusswig et al. 2020, S. 145). So

halten Reusswig et al. (ebd., S. 154) fest, dass „der Populismus in Deutschland das Handlungsfeld Energie- und Klimapolitik seit 2019 für sich als zentrale Kampfarena entdeckt (hat)“. Auch Blühdorn identifiziert diese Haltung bei der AfD:

*„Dass etwa die deutsche AfD in ihren Wahlprogrammen explizit und mit beträchtlichem elektoralen Erfolg jegliche Klimaschutzpolitik ablehnen und den Ausstieg Deutschlands aus allen internationalen Bemühungen sowie aus der Förderung sämtlicher Klimaschutzorganisationen fordern kann (AfD 2017, 2019), wäre vormdem vollständig undenkbar gewesen“ (Blühdorn 2020, S. 58).*

Die ablehnende Haltung zum Klimaschutz lässt sich weiter ausdifferenzieren. So kritisiert die AfD jegliche finanzielle Unterstützung für den Klimaschutz (Hess und Renner 2019, S. 422), multilaterale Klimaschutzverträge, wie dem Pariser Abkommen, sollen aufgekündigt werden (Schaller und Carius 2019, S. 3)<sup>18</sup> und die sogenannte Energiewende in Deutschland wird ebenfalls vehement abgelehnt.

Hess und Renner (2019) zeigen in einem europäischen Vergleich, dass zwar eine Mehrzahl konservativer und rechter Parteien (darunter die AfD) der Energiewende ablehnend gegenübersteht, das Feld jedoch insgesamt differenziert betrachtet werden muss:

*„Conservatives do not necessarily all oppose decarbonization transitions, and stances on energy transition policies differ substantially between moderate and far-right conservatives, across countries, and by type of energy policy“ (Hess und Renner 2019, S. 420).*

Schaller und Carius (2019, S. 20) stellen ähnlich heraus, dass einige rechtspopulistische Parteien die Energiewende aus Gründen der Energieautarkie oder einer besseren Lebensqualität befürworten. Allerdings werden diese Argumente im Kontext einer nationalen Unabhängigkeit oder eines rechten Heimatschutzgedankens angebracht. Somit geht es diesen Parteien anstelle von Klimaschutzgründen eher darum, unabhängig von ‚ausländischen‘ Energiequellen zu werden oder die ‚eigene‘ Natur zu bewahren (ebd.).

---

<sup>18</sup> Die USA sind sogar, unter rechtspopulistischer Präsidentschaft von Donald Trump, aus dem Pariser Klimaschutzabkommen ausgetreten.

In die Ablehnung der Energiewende fällt auch die Ablehnung des Ausbaus erneuerbarer Energien durch die AfD, wobei diese insbesondere die Windenergie als „energiepolitischen Irrweg“ bezeichnet und deren Ausbau zurückweist, da er „mehr Schaden als Nutzen“ bringen würde (AfD 2017, S. 73). In diesem Zusammenhang kritisiert die AfD auch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), welches sie wieder abschaffen möchte (Götze und Kirchner 2016, S. 5; AfD 2017). Auch E-Mobilität lehnt die AfD ab und setzt weiter auf Verbrennungsmotoren (AfD 2019).

Grundsätzlich biete die Energiewende, laut Radtke et al. (2019b, S. 5), „eine ideale Vorlage für Kritik von populistischen Bewegungen“. Dabei zeigen sich zwei Konfliktebenen: Zum einen der bundesweite Diskurs zur Energiewende und zum anderen konkrete lokale Energiewende-Projekte (Reusswig et al. 2020, S. 142f.; Reusswig et al. 2021). Die Konflikte um die Energiewende spielen sich dabei häufig auf lokaler Ebene ab, etwa wenn es um den Bau von Windkraftanlagen oder Stromnetzen geht (ebd.). Die Bürger\*innenproteste bieten besondere Anknüpfungsmöglichkeiten für (rechts)populistische Diskurse und Parteien (Selk et al. 2019, S. 32). Reusswig et al. (2020, S. 143) führen aus: „Populistische Akteure greifen die lokalen Proteste auf, generalisieren sie, rahmen sie durch ihre eigenen Narrative neu, vernetzen und verhärten die Konfliktfronten“. Auch Fraune und Knodt (2018) halten fest, dass rechtspopulistische Parteien zu einer Polarisierung und Verschärfung der Konflikte um die Energiewende beitragen. Energiewendegegner\*innen würden dabei teils zu „natürlichen“ Verbündeten der AfD, da ihnen das politische System auf nationaler und Länderebene kaum Resonanzraum bieten würde (Jörke und Selk 2020, S. 55). Zu nennen ist in diesem Zusammenhang auch die bundesweite Initiative ‚Vernunftkraft‘, die sich seit 2013 gegen den Bau von Windkraftanlagen einsetzt und dabei auch von der AfD unterstützt wird (Reusswig et al. 2020, S. 146).

Obwohl die AfD der Energiewende ablehnend gegenübersteht, gilt diese Position nicht eins-zu-eins für ihr Elektorat. Die Auswertung des sozialen Nachhaltigkeitsbarometers zur Energiewende 2018 zeigt zwar, dass fast jede\*r fünfte AfD-Anhänger\*in die Energiewende ablehnt, zugleich aber die Mehrheit der AfD-



Anhänger\*innen (62 Prozent) die Energiewende befürwortet (Setton 2019, S. 8). Im Vergleich mit den anderen Parteien steht das Elektorat der AfD der Energiewende jedoch insgesamt ablehnender gegenüber. So hat auch eine von Eichenauer et al. (2018, S. 633) durchgeführte Repräsentativbefragung in 2016 ergeben, dass 44 Prozent derjenigen, die die Energiewende ablehnen, der AfD bei einer Bundestagswahl ihre Stimme geben würden. Und auch Teune et al. (2021, S. 3) beobachten auf Basis einer Online-Befragung aus 2021, dass der Anteil der Gegner\*innen der Energiewende „unter den Befragten am höchsten [ist], die sich selbst im politischen Spektrum rechts der Mitte einordnen“, insbesondere der AfD nahe stehen oder mit der Demokratie unzufrieden sind.

Eine weitere Position rechtspopulistischer Akteur\*innen im Feld der Energiepolitik ist die Unterstützung fossiler Energieträger. So befürworten alle sechs von Hess und Renner (2019) untersuchten, rechten bzw. rechtspopulistischen Parteien (inklusive AfD) in Europa eine (verstärkte) Weiternutzung fossiler Energieträger. Diese sehen die Weiternutzung als notwendig an „to ensure reliable, affordable power and domestic energy security“ (Hess und Renner 2019, S. 426). Hinzu kommt, dass die AfD die besonders umweltinvasive Fördermethode des *Hydraulic Fracturing* (*Fracking*) befürwortet (ebd., S. 422). Auch eine weitere Förderung und Nutzung von Braunkohle unterstützt die AfD, da sie einen langfristigen inländischen Energieträger darstelle (AfD 2019; Forchtner und Özvatan 2020). Die Unterstützung des Kohleabbaus zeigt sich ebenso in den Einstellungen des Elektorats, da laut Nachhaltigkeitsbarometer Anhänger\*innen aller Parteien, außer der AfD, mehrheitlich den Kohleausstieg befürworten (Setton 2019, S. 16). Darüber hinaus unterstützt die AfD, im Feld der Energiepolitik, die weitere Nutzung von Atomkraft und kritisiert Deutschlands geplanten Atomausstieg (Hess und Renner 2019; Forchtner und Özvatan 2020).

Ein zentrales Argument von rechtspopulistischen Parteien dafür, warum sie Klima- und Umweltschutzpolitiken ablehnen, lautet, dass sie ‚auf Kosten des Volkes‘ erfolge. In diesem Zusammenhang wird die Verteilungswirkung und somit die Verstärkung sozialer Ungleichheit durch entsprechende Politiken insbesondere im Be-

reich der Energiepolitik kritisiert (Jacob et al. 2020, S. 303; Radtke et al. 2019b; Reusswig et al. 2020, S. 146). So führt die AfD beispielhaft an, dass höhere Energiepreise ökonomisch schlechter gestellte Bevölkerungsteile (noch) mehr benachteiligen würden und die aktuelle Energiepolitik eine ‚Umverteilung von unten nach oben‘ erzeuge (AfD 2019, S. 65). Laut Europawahlprogramm der AfD (2019, S. 44) ist somit „der subventionierte Umstieg auf E-Mobilität für den Normalbürger [...] schlichtweg unbezahlbar“. Gesetze wie das EEG würden außerdem höhere Bau- und Rückbaukosten befördern, was dazu führe, dass Mieten steigen, wodurch wiederum die unteren Einkommensgruppen besonders hart getroffen würden (AfD 2017, S. 65). Dementsprechend ist ein zentrales Narrativ bei der Ablehnung von Klima- und Umweltschutzpolitiken durch rechtspopulistische Parteien im europäischen Parlament Ungerechtigkeit, wie Schaller und Carius ausführen:

*„Assuming that emission reduction policies would lead to higher energy prices and cost people their jobs (economic decline frame), a number of parties argue that climate policy undermines social justice. While securing affordable energy for everyone is a common political priority across the entire political spectrum, some right-wing populist parties disproportionately emphasize rising electricity prices for ‘the common people’“ (Schaller und Carius 2019, S. 15).*

Dass Klima- und Umweltpolitik das Risiko birgt, soziale Ungleichheiten zu verstärken, ist eine Position, die sich in verschiedenen politischen Lagern findet. Rechtspopulistische Akteur\*innen verknüpfen dieses Argument mit einem ‚Opfer‘-Motiv und führen aus, dass die Kosten der Energiewende ausschließlich von der „sozial schwachen Bevölkerung ländlicher und marginalisierter Räume in der Nähe von Energieinfrastrukturen“ getragen werden müssten (Radtke et al. 2019b, S. 5). Auch Forchtner et al. (2018, S. 597) arbeiten in ihrer Analyse rechter Medien heraus, dass „the little guy“ als Leidtragender stilisiert wird, welcher – u. a. durch steigende Energiepreise benachteiligt würde. Dieses Argumentationsmuster findet sich auch in dem von Forchtner und Özvatan (2020, S. 183) identifizierten „topos of ‘we’ first (if cutting back emissions causes too much harm to the national economy/the ‘little guy’, then we should not do it)“.

Rechtspopulistische Akteur\*innen verknüpfen die Ablehnung von Klima- und Umweltschutzpolitik mit dem populistischen Narrativ des ‚Volkes‘, des ‚Normalbürger(s)‘ (AfD 2019, S. 44) der einfachen Leute, oder des ‚einfachen Mann(es)‘ (Reusswig et al. 2020, S. 156), welche durch entsprechende Politiken kollektiv und übermäßig belastet würden.

Insbesondere im Bereich der Energiewende bedient sich die AfD dieses Narrativs und findet durchaus Resonanz. So empfindet, laut Nachhaltigkeitsbarometer die Hälfte der Befragten die Energiewende als ungerecht und nur jeder Fünfte als gerecht. Überdies nehmen 75 Prozent die Energiewende als ‚teuer‘ wahr, wobei diese Ansicht bei Anhänger\*innen der AfD mit 88 Prozent besonders verbreitet ist (Setton 2019, S. 10).

### **‚Gegen den Volkswillen‘: Klimaschutz ist undemokratisch und ein Projekt der Eliten**

Wie zuvor dargestellt, findet sich bei rechtspopulistischen Akteur\*innen ein Wissenschaftsskeptizismus, welcher in der Infragestellung des anthropogenen Klimawandels besonders sichtbar ist. Forchtner und Özvatan (2020, S. 183) arbeiten anhand einer Analyse rechter Medien den „*topos of scientific untrustworthiness*“ heraus. Eine Erklärung für diesen Wissenschaftsskeptizismus ist, dass Wissenschaftler\*innen im populistischen Diskurs zu den Eliten gezählt werden, was zu ihrer Ablehnung, inklusive ihrer wissenschaftlichen Erkenntnisse, führt (Selk et al. 2019; Götze 2019, S. 86). Klima- und Umweltschutzpolitiken basieren auf wissenschaftlichen Belegen und Expert\*innenwissen und beinhalten zugleich gewisse Unsicherheiten, große Zeitspannen sowie zahlreiche Akteur\*innen (Lockwood 2018, S. 724). Diese Angewiesenheit auf Expert\*innenwissen bietet somit einen geeigneten Ansatzpunkt für die rechtspopulistische Kritik (Radtke und Schreurs 2019, S. 151; Selk et al. 2019). Selk et al. konstatieren:

*„Eine populistische Reaktion auf expertokratische Politik kann zudem grundlegende Motive populistischen Denkens in Anspruch nehmen: den Anti-Elitismus und den Anti-Intellektualismus“ (Selk et al. 2019, S. 44).*

Besonders zahlreich sind hierfür die Beispiele im Bereich der Energiewende, da deren „Begründung und Umsetzung auf schwer verständlicher interdisziplinärer wissenschaftlicher Expertise ruht“ (Eichenauer et al. 2018, S. 645). Die wissenschaftliche Expertise, die z. B. im Rahmen von Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen notwendig ist, wird dabei „sowohl zu einem zentralen Konfliktgegenstand als auch zu einer Ressource“, indem die AfD der klimawissenschaftlichen Gemeinschaft die Expertise abspricht (ebd., S. 645). Häufig stellt die AfD diesem Expert\*innenwissen den „gesunden Menschenverstand“ als „sachadäquat und demokratisch“ gegenüber (ebd., S. 644). Rechtspopulistische Kräfte lehnen entsprechende Politiken demnach auch als undemokratisch ab, da diese im populistischen Diskurs ja auch immer Ausdruck eines sogenannten Volkswillens (*volonté générale*) sein sollten. Insbesondere eine an „objektiven Sachzwängen“ vermittelte Politik wird, laut Jacob et al. (2020, S. 307), von den rechtspopulistischen Akteur\*innen „als alternative Konsensdemokratie diskreditiert, die gegen den Volkswillen agiere“. Da eine umfassende Mitbestimmung und Partizipation in dem meist technokratisch geprägten Feld der Klimaschutzpolitik jedoch besonders schwierig ist, können durchaus „Reibungspunkte mit den Prinzipien demokratischer Entscheidungsfindung hervor(gerufen) werden“ (Selk et al. 2019, S. 43). Insbesondere dann, wenn Klima- und Umweltschutzpolitiken auf Grundlage wissenschaftlicher Expertise Autorität beanspruchen (ebd.).

### **Ablehnung der EU und staatlicher Interventionen – Klimaschutz als Einschränkung der Freiheit**

Ein weiterer Ansatzpunkt für die Ablehnung von Klima- und Umweltschutzpolitiken liegt in der Verbindung von der Ablehnung der EU mit der Klima- und Umweltschutzpolitik, die eine „der am weitesten entwickelten und ausdifferenziertesten Themenfelder des europäischen Rechts“ darstellt (Radtke und Schreurs 2019, S. 163). Die AfD etwa betrachtet die Europäische Union grundsätzlich

kritisch.<sup>19</sup> So führen Żuk und Szulecki (2020) aus, dass beispielsweise die Verteidigung des Energieträgers Kohle durch die polnische rechtspopulistische Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) Ausdruck einer größeren Kampagne gegen die Europäische Union sei.

Die rechtspopulistische Ablehnung der Europäischen Union kann dabei einerseits aus nationalistischen Gründen insbesondere der nationalstaatlichen Souveränität und der Hoheit über die Gesetzgebung sowie aus der grundsätzlichen Ablehnung gegenüber staatlichen Interventionen und Regulierungen resultieren. So führt die AfD (2019, S. 79) in ihrem Europawahlprogramm aus, dass in Europa jeder Staat für die Energieversorgung seiner Bevölkerung und Industrie verantwortlich bleiben müsse. Auch Forchtner und Özvatan (2020, S. 185) arbeiten in der Analyse rechter Medien und Wahlprogramme heraus, dass entsprechende Akteur\*innen die „topoi of autarky and sovereignty“ bei der Ablehnung von Klimaschutzpolitiken nutzen. Dass die Bedeutung nationalstaatlicher Souveränität von rechtspopulistischen Parteien besonders betont wird, halten auch Żuk und Szulecki fest:

*„When environmentalists say ‘let us protect the environment,’ right-wing populists say ‘let us protect sovereignty’ and their nationalist supporters exclaim ‘let us save and protect the nation’ on internet forums. The narrative of the populist right in different contexts is more about the past than the future“ (Żuk und Szulecki 2020, S. 6).*

Ebenso postulierte die AfD (2017, S. 7) bereits in ihrem Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2017, dass die Europäische Union wieder in einen Staatenbund souveräner Staaten zurückgeführt und sich gegen Zentralismus, Gleichmacherei und Uniformität gewehrt werden müsse. In ihrem Programm zur Bundestagswahl 2021 gehen sie sogar noch weiter und fordern den ‚DEXIT‘, den Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union. Entsprechend dieser Logik wird jede stärkere Klimaschutzmaßnahme durch die europäische Kommission als weitere Einmischung Brüssels verstanden (Radtke und Schreurs 2019, S. 161). Auch Gemenis et al. (2012,

---

<sup>19</sup> Zu Anfangszeiten der AfD war deren „Kernforderung [...] die Auflösung der europäischen Währungsunion und eine Rückkehr zu einem national geregelten Geldwesen“ (Poier et al. 2017, S. 138).

S. 16) zeigen, dass rechte Parteien ihre Positionen gegen Klima- und Umweltschutz mit Nationalismus und einem anti-europäischen Diskurs begründen. Eine Untersuchung des Umwelt-Diskurses rechtspopulistischer Parteien in Großbritannien (am Beispiel der *British National Party*) und Dänemark (am Beispiel der *Dansk Folkeparti*) zeigt komplementär, dass Klimaschutzmaßnahmen als Gefahr für die Souveränität und Unabhängigkeit der Nationalstaaten angesehen werden (Forchtner und Kølvråa 2015). Jacob et al. (2020, S. 308) führen aus, dass Regulierungen auf europäischer Ebene den (bereits vorhandenen) Eindruck rechtspopulistischer Akteur\*innen stärke, dass Nationalstaaten ihre Handlungsfähigkeit und ihre Schutzfunktion einbüßen.

Damit steht in Zusammenhang, dass die rechtspopulistische Ablehnung von Klima- und Umweltschutzpolitiken aus einer allgemeinen und von der Europäischen Union unabhängigen Ablehnung staatlicher Regulierungen – in die von entsprechenden Akteur\*innen häufig favorisierte freie Marktwirtschaft – resultieren kann (Schaller und Carius 2019; Radtke und Schreurs 2019). Politiken – wie Klima- und Umweltschutzpolitiken –, welche von außen in die Marktwirtschaft eingreifen und regulierend wirken, werden folglich misstrauisch betrachtet oder abgelehnt. Insbesondere in den USA ist die Abneigung gegenüber einem regulierenden Staat groß (Radtke und Schreurs 2019). So zeigen Panno et al. (2019), dass Trump-Anhänger\*innen klimawandelskeptischer sind, wobei diese Korrelation über die (negative) Einstellung zu Umverteilung (im Sinne einer wohlfahrtsstaatlichen Politik) mediiert wird. Auch die AfD nennt die „Ablehnung von staatlichen Regulierungen [...] als zentrales Argument gegen Energiewende und Klimaschutz“ (Götze und Kirchner 2016, S. 4). Daran schließt an, dass rechtspopulistische Akteur\*innen Klima- und Umweltschutzpolitiken als eine wirtschaftliche Gefahr für Nationalstaaten wahrnehmen (Schaller und Carius 2019, S. 14). Insofern identifizieren Schaller und Carius (ebd.) *economically harmful* als zentrales Narrativ rechtspopulistischer Parteien im europäischen Parlament. Steuern, Abgaben sowie Subventionen würden demnach zu einer Verringerung der Einkommen führen, die nationale Wirtschaft

schädigen und dadurch zu einer Wettbewerbsverzerrung zwischen den Nationalstaaten beitragen (Jacob et al. 2020, S. 302).

Zusammengenommen verbinden sich in der rechtspopulistischen Kritik an Umwelt- und Klimaschutzpolitiken durch die EU mehrere Positionen wie Jacob et al. abschließend ausführen:

*„Hier überlagert sich die von dieser Parteienfamilie geteilte Europaskepsis mit der Bewertung von Klimapolitik als ökonomisch und sozial problematisch, nachteilig für Nationalstaaten, besonders für solche mit einem hohen Anteil bei der Kohleverstromung. Die europäische Klimapolitik sei mit hohen Kosten verbunden und, selbst wenn sie zu einer Emissionsreduktion führe, wäre damit kein wirksamer Beitrag zum globalen Klimaschutz verbunden. Stattdessen gäbe es Wettbewerbsnachteile gegenüber Unternehmen aus den USA oder China“ (Jacob et al. 2020, S. 304).*

Die Kehrseite der Ablehnung staatlicher und suprastaatlicher Interventionen (wie durch die EU) ist das Argument, dass Klima- und Umweltschutzpolitiken die individuelle Freiheit bedrohten. Dieser Punkt ist gewiss nicht exklusiv für den Rechtspopulismus, aber hier ist er besonders prominent. So führt das ‚Europäische Institut für Klima & Energie‘ als Slogan auf ihrer Website an: „Nicht das Klima ist bedroht, sondern unsere Freiheit!“ (Reusswig et al. 2020, S. 148). Auch im Blog PI steht, dass die Menschen durch entsprechende Politiken in ihrer Lebensweise eingeschränkt würden und „even suggests the emergence of an eco-dictatorship, the totalitarian character of ‚ecologism‘ and a planned economy“ (Forchtner et al. 2018, S. 597). Insofern identifizieren Forchtner et al. (2018) *anti-freedom* als ein zentrales Narrativ in der Ablehnung von Klima- und Umweltschutzpolitiken. Somit ist es sicherlich nicht dem Zufall geschuldet, dass einige rechtspopulistische Parteien in der EU dezidiert das Wort *freedom* erhalten, wie beispielsweise die Partei für die Freiheit (Niederlande), die Freiheitliche Partei Österreichs (Österreich) oder die Partei Freiheit und direkte Demokratie (Tschechien) (für eine Übersicht siehe Schaller und Carius 2019, S. 8).

## Naturschutz als Heimatschutz

Einige rechtspopulistische Parteien im europäischen Parlament setzen sich trotz Klimawandelskeptizismus und einer ablehnenden Haltung gegenüber dem Klimaschutz für den Naturschutz ein (Schaller und Carius 2019). Auch die AfD verlautbart, sich für einen „ehrlichen Umweltschutz“ einzusetzen und steht mit Naturschutzverbänden in Verbindung (Götze und Joeres 2020, S. 61). „So ist [z. B.] der ehemalige Chef der Grünen Liga Sachsen, Jörg Urban, mittlerweile Vorsitzender des AfD-Landesverbandes Sachsen“ (Götze und Joeres 2020, S. 61).

Dass Naturschutz und Ökologie in rechten Kreisen eine durchaus wichtige Rolle einnehmen, zeigen etwa Forchtner und Özvatan (2020) in einer Analyse rechter Medien in Deutschland. Während der Klimawandel weitestgehend negiert wird, ist Biodiversität ein Thema, das sehr positiv von den entsprechenden Akteur\*innen besetzt wird (ebd., S. 183). Dabei ist ein prominentes, rechtes Umweltnarrativ das der invasiven Arten (in Analogie zur Migration), vor welchen das heimische Ökosystem geschützt werden muss (ebd.).<sup>20</sup>

Röpke und Speit (2019) zeigen außerdem, dass in der rechtsextremen bzw. völkischen Szene teils ein naturverbundener und ökologischer Lebensstil als Teil der ideologischen Weltanschauung praktiziert wird. Entsprechende Gruppen leben als völkische Siedler\*innen auf Höfen auf dem Land und betreiben ökologische Landwirtschaft sowie nationalistisches Brauchtum. Eine Trennung zwischen rechtsextremen und rechtspopulistischen Akteur\*innen vorzunehmen ist an dieser Stelle wichtig und zugleich schwierig, da unter diesen teils personelle und ideologische Verbindungen bestehen wie z. B. von der AfD zu den rechten Siedler\*innen (Röpke und Speit 2019, S. 7).

Dass sich rechte und rechtspopulistische Parteien auch für den Naturschutz einsetzen, kann auf historisch ideologische Gründe

---

<sup>20</sup> Im einschlägigen Magazin *Umwelt & Aktiv* verbinden sich völkische, nationalistische Ideologien mit Themen wie Naturschutz, Gärtnern und Landwirtschaft (Forchtner et al. 2018, S. 593). Im Februar 2020 erschien die letzte Auflage der Zeitschrift *Umwelt & Aktiv*. Seit April 2020 erscheint *Die Kehre*, das nachfolgende rechte Natur- und Umweltschutzmagazin.



zurückgeführt werden (Forchtner et al. 2018; Forchtner und Öz-vatan 2020; Götze 2019; Röpke und Speit 2019).<sup>21</sup> Auch heute noch spielt Naturschutz bei (extrem) rechten Parteien eine Rolle, wobei es jedoch „in erster Linie [um] das Bewahren einer Kulturlandschaft, welche dem romantischen Bild eines bäuerlich geprägten Deutschlands entspr[icht]“, geht (Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz 2019, S. 11). Die sogenannte traditionelle Landwirtschaft wird sogar aktiv in völkischen Siedlungen praktiziert (Röpke und Speit 2019).<sup>22</sup> Die Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz führt dazu in ihrem Leitfaden zu Naturschutz und Rechtsextremismus aus:

*„Ein zentraler Gedanke für Rechtsextreme ist dabei die ‚natürliche‘ (geodeterministische) Verbindung von ‚Volk und Raum‘, ‚Blut und Boden‘, Land und Leuten. In dieser Vorstellung bedeutet die Veränderung der ‚deutschen Umwelt‘ automatisch eine Veränderung des ‚deutschen Volkes‘. Um diese Zerstörung oder Veränderung zu verhindern, sucht man in völkischen Argumenten und Traditionen die Lösung. Heimat bedeutet für Rechtsextreme eine Abschottung von allem Fremden“ (Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz 2019, S. 11).*

Obwohl es sich hier um rechtsextreme Einstellungen handelt, können diese (teilweise) auch bei rechtspopulistischen Akteur\*innen identifiziert werden. Schaller und Carius (2019, S. 20) merken an, dass rechtspopulistische Parteien im europäischen Parlament, welche sich für Klimaschutz einsetzen, dies mit dem Heimatland begründen. Somit ist Naturschutz auch für rechtspopulistische

---

<sup>21</sup> Götze (2019, S. 98) rekonstruiert, dass bereits die um 1880 entstandene Naturschutzbewegung eine konservative, teilweise reaktionäre Bewegung gegen die Industrialisierung darstellte. Hinzu kommt, dass Naturschutz insbesondere zu Zeiten des Nationalsozialismus mit rechter Ideologie verbunden wurde. So ist das erste deutsche Naturschutzgesetz, das Reichsnaturschutzgesetz, 1935 von dem NS-Führungskader Hermann Göring initiiert worden.

<sup>22</sup> Dass es auch personelle Verbindungen von der AfD in die völkischen Kreise, Siedlungen und Verbände gibt zeigen Röpke and Speit (2019). Inwiefern sich hier Positionen der Bundespartei widerspiegeln bleibt jedoch aufgrund der mangelnden Datenlage offen.

Akteur\*innen Heimatschutz, wie auch AfD-Politiker Friedhoff in einer Rede im deutschen Bundestag ausführt (Forchtner und Özvat-an 2020, S. 187). Eine Analyse der Umwelt-Kommunikation rechtspopulistischer Parteien in Großbritannien und Dänemark zeigt ebenso, dass diese die Identität der Bevölkerung mit der heimischen Natur verknüpfen, welche es als nationales Erbe zu bewahren gelte (Forchtner und Kølvråa 2015, S. 209 f.).

### **Landwirtschaft(spolitik)**

Im Bereich der Landwirtschaftspolitik fordert die AfD eine Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft (AfD 2017, S. 73). Landwirtschaftliche Familienbetriebe und Genossenschaften sollen unterstützt werden, wofür sogenannte „Überregelungen durch EU, Bund und Länder“ abgebaut und das „weltweite Preisdumping“ verhindert werden sollen (ebd.). Zudem lehnt die AfD Agrarsubventionen durch die EU ab (Götze und Kirchner 2016, S. 7). Darüber hinaus positioniert sie sich gegen die ökologische Landwirtschaft, wie Götze und Kirchner ausführen:

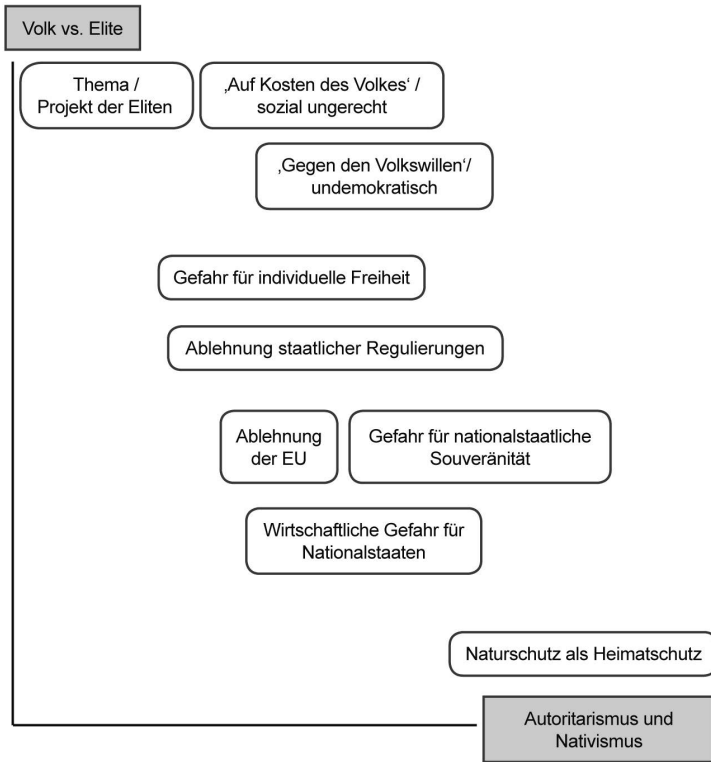
*„Allerdings kritisiert die Partei auch, dass die ökologisch ausgerichtete Landwirtschaft – wegen eines hohen Bedarfs an Arbeitskräften und niedriger Erträge – die Preise für Lebensmittel in die Höhe treibe. Hier wird also ähnlich wie bei den erneuerbaren Energien argumentiert. Für den Thüringer Landesverband ist Ökolandbau gar eine ‚Rückentwicklung‘“ (Götze und Kirchner 2016, S. 7).*

Dagegen setzt sich die AfD für eine kontrollierte Nutzung und weitere Forschung im Bereich der grünen Gentechnik ein (BUKO 2020, S. 29). Allerdings lehnt die AfD in einzelnen Bundesländern auch Gentechnik in der Landwirtschaft und Massentierhaltung ab. Götze und Kirchner (2016, S. 7) stellen diese Positionen jedoch als regionale Besonderheiten dar, welche nicht für die gesamte AfD verallgemeinert werden könnten. Die Positionen der AfD zur Landwirtschaftspolitik zeigen also ein heterogenes und teils widersprüchliches Bild.

### **Verortung der Positionen zwischen populistischer und rechter Ideologie**

Die Sichtung der bestehenden Literatur hat gezeigt, dass rechte Parteien *grosso modo* klimawandelskeptischer sind und auch häufiger Klima- und Umweltschutzpolitiken ablehnen. In Deutschland äußern rechtspopulistische Akteur\*innen – der Fokus lag hierbei auf der Partei AfD als Vertreterin des parteiförmigen Rechtspopulismus – insbesondere Kritik an der aktuellen Energiepolitik mit der sogenannten Energiewende. Allerdings setzt die AfD sich teilweise auch für den Naturschutz (verstanden als erweiterter Heimatschutz) ein. Bei der Landwirtschaft will die AfD bäuerliche und familiengeführte Betriebe fördern und lehnt Agrarsubventionen durch die EU ab. Während sich im rechtspopulistischen Spektrum eher gegen ökologische Landwirtschaft positioniert wird, existieren im rechts-extremen Spektrum auch ökologisch wirtschaftende und in entsprechenden Siedlungen lebende Gruppen.

Im zurückliegenden Unterkapitel wurden die Argumente, mit denen rechtspopulistische Akteure ihre umweltpolitischen Positionen begründen, zusammengetragen. Diese lassen sich zusammenfassend mit dem Phänomen des Rechtspopulismus in Verbindung setzen. Dieser setzt sich nach Mudde und Rovira Kaltwasser (siehe hierzu ausführlich Kapitel 2) aus der dünnen Ideologie des Populismus‘ (‘anständiges Volk‘ vs. ‘korrupte Elite‘) und der rechten Ideologie (Autoritarismus und Nativismus) zusammen. Die herausgearbeiteten Argumente und Begründungsmuster rechtspopulistischer Akteur\*innen zu Fragen des Klimaschutzes und der Umwelt lassen sich nun wie folgt darstellen (Abbildung 2): Der Populismus stellt die vertikale Ebene dar, rechtsideologische Merkmale sind auf der horizontalen Ebene abgetragen.



**Abbildung 2: Begründungsmuster der Ablehnung von Klimaschutz zwischen Populismus und rechter Ideologie.** Eigene Darstellung.

Es wird ersichtlich, dass sich ein Großteil der Argumente der AfD gegen Klima- und Umweltschutzmaßnahmen im Bereich des Populismus (Achse Volk vs. Elite) lokalisieren lässt (links oben, wie z. B. dass Klimawandel ein Thema der Wissenschaftselite ist). Klima- und Umweltschutz wird dabei als Projekt der (urbanen und kosmopolitischen) Eliten gerahmt, die „auf Kosten des Volkes“ umgesetzt würden. Dass Klima- und Umweltschutzmaßnahmen grundsätzlich auf wissenschaftlichen Befunden und Expert\*innenwissen beruhen, wird in dieser Logik als elitär und als undemokratisch zurückgewiesen. Klima- und Umweltschutzmaßnahmen werden von rechtspopulistischen Akteur\*innen zudem als „Gefahr für die individuelle Freiheit“ beschrieben. Weitere heraus-

»Nachhaltigkeit und Klimaschutz sind Elitenprojekte auf Kosten des Volkes.« Narrative wie dieses sind zunehmend Teil rechtspopulistischer Argumentation. Welche Resonanz finden solche Positionen bei den Anhänger\*innen rechter politischer Strömungen und in der Bevölkerung? Und was bedeutet ein Erstarren des Rechtspopulismus für eine sozial-ökologische Transformation?

Das Buch geht diesen Fragen nach. Es zeigt sich, dass bislang weniger der Klimawandel und Umweltschutzfragen allgemein umstritten sind als vielmehr konkrete politische Projekte wie die Energiewende. Zudem werden deutliche Unterschiede zwischen den politischen Verlautbarungen rechtspopulistischer Kräfte und den Einstellungen der Bevölkerung sichtbar. Die für Populist\*innen charakteristische Behauptung, dass sie für »das Volk« sprechen, findet auf Basis der ausgewerteten Daten keine Unterstützung.

Abschließend formulieren die Autor\*innen sechs Thesen, wie mit dem Rechtspopulismus im Kontext einer sozial-ökologischen Transformation umgegangen werden kann, ohne dabei Polarisierungen zu verstärken.

Die Reihe TRANSFORMATIONEN wird herausgegeben von Harald Welzer, Bernd Sommer und Michaela Christ.